

1. außerordentliche UV- Sitzung im SS 2022, 01.04.2022

1. Antrag auf Satzungsänderung, eingebracht von VSStÖ, GRAS, LUKS

Nachdem die gezielte Förderung von FLINTA-Personen und die Bevorzugung von solchen Bewerber_innen bei gleicher Qualifikation aktuell von unserer Satzung vorgesehen sind, dies aber vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung als unzulässig erachtet wird bzw. wurde, soll die Satzung der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft an der Universität Salzburg in Bezug zur Präambel geändert werden. Zum einen soll hier nun eine besondere Förderung von Frauen vorgesehen werden sowie im Allgemeinen auch die Förderung der Gleichstellung der verschiedenen Geschlechter, wobei hier insbesondere auf eine ausgewogene Repräsentation in den Referaten geachtet werden soll. Gleichzeitig soll als Präambel-Grundsatz auch festgehalten werden, dass sich die ÖH Uni Salzburg durch ihre Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit für die Erreichung einer Gleichstellung der unterschiedlichen Geschlechteridentitäten insbesondere im Hinblick auf den Hochschulsektor einsetzt. Gerade im Hochschulsektor zeigt sich, dass mit zunehmenden wissenschaftlichen Grad bzw. Position keine Gleichstellung der unterschiedlichen Geschlechteridentitäten vorhanden ist. Dem entgegenzuwirken und für alle Studierenden einen gleichberechtigten und inklusiven Zugang im gesamten Hochschulsektor zu erreichen, muss entsprechend ein zentrales Ziel einer studentischen Vertretung sein.

Die Universitätsvertretung der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft an der Universität Salzburg möge beschließen:

§0 der Satzung der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft Universität Salzburg lautet:

Präambel

Alle Organe und Referate der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft an der Universität Salzburg richten sich in ihrer internen Organisation, in ihrer inhaltlichen Arbeit und beim Auftreten in der Öffentlichkeit an folgende Richtlinien:

- Förderung von Frauen sowie allgemein Förderung zur Gleichstellung der verschiedenen Geschlechter, insbesondere soll auf eine ausgewogene Repräsentation in den Referaten geachtet werden
- Förderung der Erreichung einer Gleichstellung der unterschiedlichen Geschlechteridentitäten insbesondere im Hinblick auf den Hochschulsektor vor allem durch entsprechende Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

- Berücksichtigung geschlechterspezifischer Aspekte in allen Publikationen und bei Veranstaltungen, insbesondere die verpflichtende Anwendung geschlechtergerechter Formulierungen
- Berücksichtigung der Interessen ausländischer Studierender
- Förderungen und Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von soziokulturell und ökonomisch benachteiligter Studierender
- Förderung der umfassenden barrierefreien Teilhabe von Studierenden mit Behinderungen und Berücksichtigung dieser Interessen.

2. Zusatzantrag zum Antrag Satzungsänderung, eingebracht von VSStÖ, GRAS, LUKS

Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung hat die Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft an der Universität Salzburg aufgefordert, dass in der Satzung der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft an der Universität Salzburg nicht nur die Präambel geändert wird, sondern auch das Minderheitsvotum (siehe §11 Abs. 6) aufgehoben werden muss. Dieser Aufforderung muss nach Ansicht des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung nachgekommen werden und eine gesetzeskonforme Satzung wiederhergestellt werden.

Die Universitätsvertretung der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft an der Universität Salzburg möge beschließen:

§11 Abs. 6 der Satzung der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft an der Universität Salzburg in der Fassung vom 18.02.2022 wird aufgehoben.

§11 Abs. 7 der Satzung der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft an der Universität Salzburg in der Fassung vom 18.02.2022 wird zu §11 Abs. 6 der Satzung der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft an der Universität Salzburg.

3. Antrag der FV KGW

Die Universitätsvertretung möge beschließen,

dass eine Arbeitsgruppe gem. § 14 (3) der Satzung der ÖH Uni Salzburg zur Überarbeitung der Satzung eingerichtet wird.

Zentrale Überarbeitungspunkte sollen dabei die Neuordnung der Organe gem. § 15 (2) HSG 2014 und die Zuordnung von STVen zu Studien sein.

Angehören sollen der Arbeitsgruppe, neben VertreterInnen aller in der UV vertretenen wahlwerbenden Gruppen, jedenfalls die Vorsitzenden der Organe gem. § 15 (2).

Die Arbeitsgruppe ist bis zum 30. Juli 2022 befristet, die Arbeitsergebnisse sind der Universitätsvertretung unverzüglich, spätestens zur Vorbesprechung der 1. o. Sitzung der UV im WS 2022/23 vorzulegen. Die Arbeitsgruppe wird von Mario Steinwender geleitet.

4. Antrag zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppe CO2-Check

Konzept zur Erstellung einer CO2-Bilanz, eingebracht vom Umweltreferat

Wie im Antrag der 1. Außerordentlichen Sitzung beschrieben, hat es auf Basis dieses Beschlusses eine Arbeitsgruppe zur CO2-Bilanzierung und Müllreduktion für die ÖH Uni Salzburg gegeben, die zu folgenden Erkenntnissen gelangt ist. Die vollständige Bilanzierung des CO2(-Äquivalente) Ausstoßes ist weder personell aufgrund der ÖH Tätigkeit als ehrenamtliches Engagement möglich, noch sind dafür ausreichende Informationen verfügbar, um diese überhaupt vollständig abzubilden. Ein großes Problem ist, dass die Uni die Räume, somit Strom und Heizung stellt.

Weiters wurde überlegt welche Handlungsoptionen eine Erhebung der Daten überhaupt bringen könnte um das Ziel „CO2-Ausstoß der ÖH verringern“ zu erreichen. Um die verschiedenen Felder zu clustern und klar erkennbar zu machen, wurden folgende Kategorien gewählt:

1. Strom und elektronische Geräte
2. Heizung
3. Konsumierbares (Getränke)
4. Möbel

Zu 1: Strom wird wie schon erwähnt über die Uni bezogen, was bedeutet, dass keine einfach verfügbaren Daten zur Verfügung stehen. Dadurch ist auch die Erzeugung von uns nicht beeinflussbar. Das Umweltmanagement der PLUS setzt sich jedoch dafür ein, sobald es möglich ist, den Strom auf Umweltzeichenstrom umzustellen, was sich besonders positiv auf die CO2 Bilanz auswirken wird, im Vergleich zu individuellem sparsamem Verhalten. Unsere Handlungsoptionen beschränken sich dadurch auf Empfehlungen für ÖH Organe, wie Licht ausschalten, PC ausschalten, Wasser in einem Wasserkocher erhitzen statt in einem Topf, etc. Der nächste Punkt, sind Geräte, die redundant sind, wie Drucker in STV-Räumen, wenn es Drucker gibt, die die Universität bereitstellt. Beschaffen neue Geräte, sollten dringend vermieden werden, da durch die Erzeugung jegliche Vorteile in Effizienz zunichte gemacht würden. Es wurde besprochen, als Alternative abzuklären, inwiefern es möglich wäre zum Beispiel für STVen Druckkarten zu beschaffen. Über die Schwere des Problems entscheidet die Anzahl der individuellen Druckergeräten, welche das Umweltreferat mit dem Organisationsreferat über die Inventarisierung erfassen kann. Eine Druckerkarte, wäre jedoch eine angenehme Lösung für STVen.

Zu 2: Die Heizung wird wie auch der Strom durch die Uni zur Verfügung gestellt. Hier gibt es jedoch keine erkennbare positive Entwicklung, außer die Modernisierung im Sinne von Thermostaten, die seitens des Umweltmanagements der PLUS erfolgt. Hier gibt es jedoch klare administrative Handlungsoptionen, die wir verfolgen können, um eine CO2-Reduktion zu erwirken. Jedoch wäre es wichtig ein Verständnis dafür aufzubauen wie mit Wärmemanagement in Räumen umgegangen werden kann, um entgegenzuwirken. Anhand des Krieges in der Ukraine, sollte klar sein, wieso es wichtig ist, sorgsam zu heizen. Beispiele dafür sind, wie effizient gelüftet werden kann (Stoßlüften), und das Ausschalten der Heizung, wenn die Räumlichkeiten nicht benutzt werden, besonders wenn diese aufgrund von Lockdowns nicht betreten werden dürfen. Diese brauchen jedoch Kooperation von den jeweiligen ÖH-Organen. Ein attraktiver Ansatz hierfür wäre übersichtliches Infomaterial bereitzustellen, das im Rahmen einer Kampagne verbreitet werden kann. Zusätzlich wurde innerhalb der Arbeitsgruppe der Wunsch geäußert, dass das Umweltreferat einmalig bei den jeweiligen Fakultätssekretariaten erfragt ob zumindest die Auskunft für Bedienstete mit uns geteilt werden kann.

Zu 3: Konsumierbares, wie Getränke oder Essen für Feste sind relevante Quellen von Müll und CO2. Diese bilden besonders in der STV-Arbeit einen wertvollen Teil der Arbeit einer STV, die wir explizit weiterhin fördern wollen. In diesem Bereich ist zwar im Nachhinein durch die Refundierungsanträge klar was gekauft wird, aber eine CO2-Bilanzierung lässt sich kaum umsetzen, weil die Bandbreite viel zu groß ist, was alles über eine STV gekauft werden kann. Es wäre problematisch, wenn Einkäufe bei der Refundierung als zu CO2-ausstoßend bewertet würden. Bei der Organisation von Festen, muss es vor dem Kauf und der erfolgenden Refundierung schon klar sein, dass zum Beispiel Import-Dosenbier einen größeren CO2-Fußabdruck hinterlässt als lokales Bier in Pfandflaschen. Deshalb wollen wir den Weg gehen die Richtlinien für Refundierungen zu erweitern und klare Klimasünder nicht mehr zuzulassen. Eine solche befindet sich in Abstimmung zwischen ÖH Wirtschaftsreferat und Umweltreferat. Sofern

es in Zukunft zu einem Pfandsystem in Österreich kommt, sollten diese Richtlinien erneut in Frage gestellt und bewertet werden. Nach Möglichkeit könnten auch entweder Lastenräder angeschafft werden, oder eines angemietet/geliehen werden, von zum Beispiel Plus Green Campus, um die schwereren Glasflaschen zu transportieren.

Zu 4: Hin und wieder kommt es vor, dass ÖH Organe gerne ihren Raum anders gestalten wollen. Dadurch werden entsteht ein CO₂-Ausstoß, der jedoch wie bei Konsumierbarem nicht einfach erfasst werden kann. Was in Bezug darauf aufgefallen ist, dass häufig zu neuen Möbeln von großen Herstellern gegriffen wird, um in den Genuss von einer Lieferung zu kommen. Diese sind aufgrund von Effizienz in der Massenherstellung häufig ökologischer, doch auch dies nur bis zu einem gewissen Niveau. Erschwerend kommt hinzu, dass es nicht gut kommuniziert wird, dass gebrauchte Artikel sehr wohl refundierbar sind, sofern eine originale Rechnung vorhanden ist. Um diese Hürden in Zukunft zu vermeiden, braucht es eine Vorlage, um Privatrechnungen einfach schreiben zu können. Diese soll vom Wirtschaftsreferat gemeinsam mit dem Umweltreferat geschaffen werden. Zusätzlich sollen Möglichkeiten sich gebrauchte Gegenstände liefern zu lassen kommuniziert werden (z.B. Willhaben Paylivery). Auch hier könnten Lastenräder eine unkomplizierte Option darstellen etwaige Transporte autofrei zu ermöglichen.

Eine quantitative Bilanzierung von CO₂-Äquivalenten scheint weder möglich noch besonders sinnvoll. Es wurden jedoch viele Punkte genannt, die sich umsetzen lassen. Die Bündelung der Maßnahmen lässt sich besonders gut über einen Leitfaden umsetzen, da sowohl bildende Maßnahmen als auch Kommunikation der Optionen zu Grunde liegen.

Aufgrund der geschilderten Argumentationslinie, welche in außerordentlich produktiver Zusammenarbeit mit allen Fraktionen an der ÖH Uni Salzburg erarbeitet wurde, möge die ÖH Uni Salzburg folgende Punkte beschließen:

1. Einen Leitfaden, der die Verringerung des CO₂-Ausstoßes und umweltfreundliches Handeln für ÖH Organe ermöglicht aufzusetzen, die durch das Referat für Umwelt und Ökologie inhaltlich ausgearbeitet wird und durch weitere ÖH Referate bei der Verbreitung unterstützt wird.
 - a. Das Referat für Umwelt und Ökologie soll sich mit einer Ergänzung zur Zero Waste Kampagne beschäftigen um die Erkenntnisse aus der Arbeitsgruppe mitzubersichtigen.
2. Das Referat für Umwelt und Ökologie prüft, ob es umsetzbar ist, Druckerkarten für STVen und andere ÖH Organe zu besorgen, um die Anzahl an individuellen Druckern in ÖH Räumlichkeiten zu verringern.
 - a. Das Referat für Umwelt und Ökologie erfragt bei den Fakultätssekretariaten, ob die Auskunft für Bedienstete über die Beheizung geteilt werden kann.
 - b. Das Referat für Umwelt und Ökologie prüft wie viele individuelle Drucker in ÖH Räumlichkeiten derzeit vorhanden sind.

3. Das Referat für Umwelt und Ökologie prüft, ob es umsetzbar ist, Lastenräder für den Transport von Gütern zu beschaffen.
4. Das Referat für Umwelt und Ökologie erarbeitet mit dem Referat für Wirtschaft eine Vorlage für die Vereinfachung der Beschaffung gebrauchter Gegenstände.
5. Keine vollständige CO₂-Bilanzierung durchzuführen.

5. Zusatzantrag zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppe CO₂-Check

Konzept zur Müllreduktion, eingebracht vom Umweltreferat

Wie im Antrag der 1. Außerordentlichen Sitzung beschrieben, hat es auf Basis dieses Beschlusses eine Arbeitsgruppe zur CO₂-Bilanzierung und Müllreduktion für die ÖH Uni Salzburg gegeben, die zu folgenden Erkenntnissen gelangt ist.

Da die wirtschaftliche Kultur sich immer weiter in Richtung „Wegwerfen und Neuanschaffen“ anstatt Reparatur bewegt, liegt es an uns als ÖH die STVen zu ermutigen gebrauchte Gegenstände insbesondere Möbel bei Bedarf anzuschaffen. Der Gebrauchtmärkte in Österreich ist sehr breit und ergiebig. Erfahrungsgemäß scheidet es jedoch am Mehraufwand für die Suche nach den richtigen Gegenständen und Transporten.

Weiters braucht es für ÖH Organe standardisierte Möglichkeiten Müll zu trennen. Wichtig hierbei ist, dass sichergestellt wird, dass der getrennte Müll, dann nicht ungetrennt auf einen Haufen kommt, da sonst die Sinnhaftigkeit nicht gegeben ist. Das Umwelt Management der Uni Salzburg hat sich bereit erklärt solche Möglichkeiten zu schaffen.

Da die Verringerung des CO₂-Ausstoßes häufig mit der Vermeidung von Müll zusammenhängt werden nur folgenden Beschlusspunkte ergänzt:

1. Das Referat für Umwelt und Ökologie stellt sicher, dass die Möglichkeit zur Nutzung von Mülltrenninseln (o.Ä.) geschaffen wird
2. Das Referat für Umwelt und Ökologie stellt sicher, dass eine Mülltrennung sinnvoll möglich ist, im Sinne der etwaigen weiterführenden Entsorgung, welche durch Kommunikation mit dem Umweltmanager der PLUS erreicht werden soll

6. Ausweitung ÖBB-Sommerticket, eingebracht von der AG

Seit dem Sommer 2019 ist es leider so, dass die Gültigkeit des ÖBB-Sommertickets auf 30 Tage gekürzt worden ist. Zuvor war das Sommerticket die gesamten Ferien lang gültig. Eine Ausweitung des ÖBB- Sommertickets auf die gesamte lehrveranstaltungsfreie Zeit im Sommer würde nicht nur die Benützung der Bahn für Studis wieder deutlich attraktiver machen, sondern auch Autofahrten verringern.

Da sich nicht alle Studis das neue Klimaticket Österreich Jugend leisten können, es ihnen aber speziell im Sommer möglich sein soll, kostengünstig und umweltfreundlich Praktika zu absolvieren, eine Sommerschule zu besuchen oder in die Bib zu gelangen, stellen wir folgenden Antrag:

Die Universitätsvertretung der ÖH-Uni Salzburg möge daher beschließen:

- Die ÖH Uni Salzburg setzt sich im Rahmen der nächsten Sitzung der VoKo sowie in weiterer Folge bei der nächsten Sitzung der ÖH Bundesvertretung für die Ausweitung der Gültigkeit des ÖBB-Sommertickets auf die gesamte Dauer der lehrveranstaltungsfreien Zeit im Sommer ein.

7. Workshops zur Finanzbildung, eingebracht von der AG

Laut einer Talto-Studie aus dem März 2022 fühlt sich mehr als die Hälfte der Studierenden schlecht über ihre zukünftigen Gehaltsperspektiven informiert. Noch schlimmer steht es um das Wissen zu rechtlichen Aspekten, wie etwa den Arbeitsvertrag: Drei von vier Befragten gaben in der Gehaltsbarometerabfrage große Defizite zu. Zukünftige Akademikerinnen und Akademiker trauen sich in Sachen Gehalt nur wenig zu. Jeder und jede Zweite wünscht sich mehr Informationen darüber, um besser vorbereitet in Gehaltsverhandlungen treten zu können.

Höchste Zeit also, dass mehr Finanzbildung vermittelt wird!

Aus diesem Grund stellen wir folgenden Antrag:

Die Universitätsvertretung der ÖH-Uni Salzburg möge daher beschließen:

- Die ÖH Uni Salzburg verpflichtet sich unter Einbindung der StVen dazu, sich an Ansprechpartner wie etwa dem PLUS Career Center oder der Arbeiterkammer zu wenden, um kostenlose Finanzbildungs-Workshops für Studierende, bei denen speziell auf Gehaltsperspektiven, Vorbereitung auf Gehaltsverhandlungen und arbeitsrechtliche Aspekte eingegangen werden soll, auf den Weg zu bringen. Außerdem soll die ÖH Uni Salzburg Kontakt mit möglichen Referentinnen und Referenten aufnehmen, die die Thematik auch digital aufarbeiten und den Studierenden zur Verfügung stellen.

Die Vorsitzende der ÖH Uni Salzburg hat hierrüber in der nächsten UV-Sitzungen zu berichten.

8. Solidarität mit den Menschen in der Ukraine! Eingbracht von VSStÖ, GRAS, LUKS

Am 24. Februar fiel die russische Armee auf Befehl von Wladimir Putin in der Ukraine ein.

Doch der Konflikt in der Ukraine ist ein Konflikt, der nicht erst am 24. Februar diesen Jahres begann, sondern schon seit 2014 andauert und nun zu einem Krieg eskaliert ist.

Millionen an Menschen flüchten nun aus der Ukraine in die umliegenden Länder, in Richtung EU - andere greifen zu den Waffen und der Großteil der Menschen muss einfach warten und ausharren, weil es oftmals keine sicheren Fluchtwege gibt. Unter den angekommenen geflüchteten Personen befinden sich natürlich auch Studierende, die aus ihrer Bildung gerissen wurden. Auch bei uns in Salzburg befanden sich bereits bevor der Konflikt zu einem Krieg eskalierte Studierende aus der Ukraine, die auf Auslandsaufenthalt sind. Jene fürchten jetzt um ihre Lieben und Verwandten zuhause oder auf der Flucht. Gleichzeitig werden ihre Konten gesperrt und ihr Einkommen oder Unterstützung von zuhause fällt weg. Als Hochschul_innenschaft ist es unsere Pflicht hier eine Abhilfe zu leisten und den Studierenden beizustehen.

Zusätzlich wird von der EU und der NATO die Situation gegen Russland mit Sanktionen verschärft und es wird aufgerüstet. Täglich werden in der EU für mehrere Milliarden Euro Erdöl und Erdgas in Russland eingekauft, während gleichzeitig die Militärpräsenz gegen Russland verstärkt wird –

dennoch ist das nichts Neues für die EU oder NATO-Staaten, dass das Interesse am Kapital wichtiger ist als Menschenleben. Der Krieg verdeutlicht einmal mehr, wie wichtig der Ausstieg aus Öl und Gas gerade für Österreich ist. Wenn wir unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, insbesondere aus Russland, nicht hinter uns lassen, werden wir die Klimakrise nicht bewältigen können.

Weiteres gibt es von vielen Grenzen Berichte, dass nicht-weiße Ukrainer_innen und Menschen, die eine andere Staatsbürger_innenschaft besitzen und ebenfalls nicht weiß sind, schlechter behandelt oder gar abgewiesen werden. So war es zB. Studierenden aus afrikanischen Ländern nicht möglich die Ukraine überhaupt zu verlassen. Früher oder später setzt sich hier eine konservative und rechte bzw. rechtsextreme Propaganda durch, welche die Ankunft von Geflüchteten aus der Ukraine für ihre eigene xenophobe und menschenverachtende Zwecke nutzen möchte um Stimmung zu machen.

Deshalb möge die Universitätsvertretung der Hochschüler_innenschaft an der Universität Salzburg beschließen:

- Die Hochschüler_innenschaft an der Universität Salzburg solidarisiert sich mit der ukrainischen Bevölkerung und der Ukraine als souveränem Staat, und fordert ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen von Seiten der russischen Streitkräfte.
- Die Hochschüler_innenschaft an der Universität Salzburg beteiligt sich an der Bewerbung und Teilnahme von Demonstrationen und Mahnwache gegen den russischen Angriffskrieg und für das Ende des Krieges.
- Die Hochschüler_innenschaft an der Universität Salzburg solidarisiert sich mit allen Menschen, die in Russland trotz Unterdrückung für Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Frieden und Demokratie eintreten.
- Die Hochschüler_innenschaft an der Universität Salzburg bekennt sich klar gegen den illegalen und unentschuldbaren Angriffskrieg Putins und solidarisiert sich mit der jüdischen Gemeinde der Ukraine sowie den ukrainischen Holocaust-Überlebenden und deren Nachkommen.
- Die Hochschüler_innenschaft an der Universität Salzburg unterstützt ukrainische Studierende in Österreich finanziell und mit Beratungsangeboten.
- Die Hochschüler_innenschaft an der Universität Salzburg unterstützt die ukrainische Bevölkerung, Geflüchtete und vor allem Studierende in der Ukraine.
- Die Hochschüler_innenschaft an der Universität Salzburg setzt sich dafür ein, dass ukrainische Studierende und Studierende anderer Staaten, die ein Studium in der Ukraine betreiben, möglichst schnell und reibungslos die Möglichkeit haben, ihr Studium in Österreich fortsetzen zu können. Das beinhaltet insbesondere einen Ausbau des englischsprachigen Lehrveranstaltungsangebots, des englischsprachigen

Studienangebots und der kostenfreien Teilnahme an Vorstudienlehrgängen für notwendige Sprachniveaus (englisch oder deutsch).

- Die Hochschüler_innenschaft an der Universität Salzburg kritisiert Krieg als ganzes und betrachtet hierbei vor allem dass Kriege meist von Reichen und Mächtigen ausgetragen werden.
- Die Hochschüler_innenschaft an der Universität Salzburg setzt sich für Frieden und gegen kriegerische Auseinandersetzungen ein und stellt dabei fest, dass die Unverrückbarkeit von anerkannten territorialen Grenzen, die Achtung von Menschenrechten und die Souveränität von Staaten die notwendige Grundvoraussetzung für ein friedliches Zusammenleben ist.
- Die Hochschüler_innenschaft an der Universität Salzburg bekennt sich zu sicheren Fluchtrouten und Ayslmöglichkeiten in Österreich, egal woher die Geflüchteten stammen.
- Die HochschülerInnenschaft an der Universität Salzburg spricht sich gegen die rassistische Praxis gegenüber Drittstaatsangehörigen und BIPOC bei Grenzübertritt aus, solidarisiert sich mit Betroffenen und stellt fest, dass sowohl ukrainische Studierende, als auch Studierende anderer Staaten diskriminierungsfrei an den Grenzen behandelt werden müssen.
- Die HochschülerInnenschaft an der Universität Salzburg stellt sich gegen rassistische und xenophobe Berichterstattung und stellt sich gegen den Rassismus in der Flüchtlingsdebatte.
- Die Hochschüler_innenschaft an der Universität Salzburg setzt sich dafür ein, dass die akademische Zusammenarbeit auf institutioneller Ebene mit Russland während des illegalen russischen Angriffskrieges auf allen Ebenen (lokal, national, international) ausgesetzt wird. Das auch deswegen, weil das russische Äquivalent der UniKo (Rektorenkonferenz) sich eindeutig für diesen Angriffskrieg (bzw. da dies in Russland so nicht bezeichnet werden darf für die „Spezialoperation“) ausgesprochen hat und auch an Universitäten Solidaritätskundgebungen für den Angriffskrieg organisiert werden. Zusammen mit der Einschränkung der Meinungsfreiheit, der Einschränkung der Pressefreiheit, der Einschränkung von sicherheitsrelevanten Informationen in Russland, der Überprüfung von Handys und elektronischen Geräten durch russische Sicherheitsbehörden, kann weder die Sicherheit von österreichischen Studierenden und ForscherInnen, noch die freie Meinungsäußerung im akademischen Umfeld garantiert werden.
- Die Hochschüler_innenschaft an der Universität Salzburg fordert die österreichische Bundesregierung auf, die Energie-Abhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen sofort zu reduzieren, sowie in dieser Folge sofort eine CO2-neutrale Energieversorgung Österreichs aktiv umzusetzen.

9. Zusatzantrag zum Antrag Solidarität mit den Menschen in der Ukraine! Eingbracht von der FV KGW

Die Universitätsvertretung der Hochschüler_innenschaft an der Universität Salzburg möge beschließen:

Die ÖH Uni Salzburg bietet allen russischen Studierenden in Salzburg an, die aufgrund der aktuellen Gesetzeslage keine öffentliche Kritik am illegalen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine äußern können oder Repressionen für sich oder Familienangehörige fürchten, sich aber äußern wollen, Statements und Positionen gegen den Ukrainekrieg anonym bei der ÖH Uni Salzburg einzureichen und anonym über Social Media Kanäle zu veröffentlichen.

Im Zuge dieser Postings soll auch auf die massive Verschlechterung der freien Meinungsäußerung, der Pressefreiheit und des Demonstrationsrechts in Russland hingewiesen werden, die solche Angebote erst notwendig macht.

10. Initiativantrag, eingebracht von der FV KGW

Die Universitätsvertretung der Hochschüler_innenschaft an der Universität Salzburg möge beschließen:

Die Hochschüler_innenschaft an der Universität Salzburg entlastet russische und belarussische Studierende in Österreich, die aufgrund der Sanktionen Schwierigkeiten haben ihr Studium fortsetzen zu können.